

„Solidarbeitrag“ für Salem

Der Protest aus aller Welt zeigte erste Wirkungen: Über den Verkauf von Handschriften aus der Badischen Landesbibliothek sei noch nicht entschieden, erklärte Ministerpräsident Günther Oettinger am Donnerstag nach einem Krisengespräch in Stuttgart. Gleichwohl will die Regierung an dem mit der badischen Markgrafenfamilie ausgehandelten Deal festhalten. Bei dem Spitzengespräch im Staatsministerium, an dem Vertreter der Landespolitik sowie badischer Kultureinrichtungen teilnahmen, habe Einigkeit darüber bestanden, dass es zu dem mit dem Haus Baden ausgehandelten Kompromiss keine Alternative gebe, hieß es in einer Pressemitteilung.

Der Kompromiss sieht vor, dass das Land der badischen Markgrafenfamilie Kunstschätze im Wert von 70 Millionen Euro überlässt, die auf dem freien Markt verkauft werden sollen. Das Geld soll in eine Stiftung fließen, die dauerhaft den Erhalt von Schloss Salem am Bodensee sichert. Im Gegenzug wollen die Nachfahren der Großherzöge von Baden auf alle Eigentums- und Herausgaberechte gegenüber dem Land Baden-Württemberg verzichten. Zwischen dem hoch verschuldeten Land und der ebenfalls hoch verschuldeten Markgrafenfamilie sind die Eigentumsrechte an Kunstschätzen und Bibliotheksgütern im Wert von 250 bis 300 Millionen Euro strittig. Beide Parteien wollen eine jahrelange juristische Auseinandersetzung verhindern. Als Schreckgespenst gilt außerdem eine Insolvenz des Hauses Baden, die zur Vollstreckung durch die Banken und zum Verlust wertvoller Kulturgüter führen würde. Während die Landesregierung aufgrund der unsicheren Rechtslage keine Alternative zu dem Vergleich sieht, warf die SPD-Landtags-



Bewegung ist in den Streit um den Verkauf wertvoller Handschriften aus der Badischen Landesbibliothek gekommen. Das Land sucht Alternativen. Foto: BLB (Cod. St. Peter perg.92)

fraktion ihr einen „Kniefall vor dem Adel“ vor. Die Fraktionsvorsitzende Ute Vogt forderte, die Verhandlungen zwischen dem Land und dem Haus Baden zu stoppen.

Dieses Ansinnen weist die Landesregierung zurück. Ihr geht es nach dem Proteststurm wegen des drohenden Handschriftenverkaufs darum, Alternativen zur Finanzierung des Ver-

gleichs zu finden. Ziel sei eine für alle Seiten zumutbare Gesamtlösung, erklärte Ministerpräsident Oettinger nach dem Krisengespräch. Dabei wurde das Tempo, mit dem der Deal abgewickelt werden sollte, deutlich reduziert: „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ ist das neue Motto. Nach Angaben von Wissenschaftsminister Peter Frankenberg müssen für den Vergleich mit dem Haus Baden zunächst auch nur 30 Millionen Euro statt der bisher anvisierten 70 Millionen aufgebracht werden.

Nach Vorstellung des Ministerpräsidenten könnte die Finanzierung des Vergleichs mit einem „Drei-Säulen-Modell“ bewältigt werden. Eine Säule sollen dabei Sponsoren aus der Wirtschaft und Spenden von Privatpersonen sein. Die zweite Säule bestünde in einem Beitrag des Landes, der aber auf keinen Fall durch die Erhöhung der Neuverschuldung oder eine Kürzung in anderen Ressortbereichen erwirtschaftet werden könne. Die dritte Säule schließlich müsse ein Beitrag der „Kunsteinrichtungen“ sein. Diesen „Solidarbeitrag“ hält Oettinger für vertretbar, da durch die Gesamtlösung ein für allemal das Eigentum an den bedeutenden badischen Sammlungen für die Kultureinrichtungen des Landes gesichert werde. Doch während Oettinger jetzt auf „konstruktive Vorschläge“ wartet, werden bereits erste Proteste gegen sein „Drei-Säulen-Modell“ laut. So übte der Deutsche Kulturrat scharfe Kritik an dem Vorhaben, das Adelshaus Baden mit Geldern aus dem baden-württembergischen Kulturetat zu sanieren. Annette Borchardt-Wenzel

Über neue Entwicklungen im Handschriften-Streit halten Sie die Badischen Neuesten Nachrichten ständig auf dem Laufenden.